

Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration  
Postfach 71 25 | 24171 Kiel

Staatssekretär

An die Vorsitzende  
des Innen- und Rechtsausschusses des  
Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Frau Barbara Ostmeier, MdL  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 19/41

Juli 2017

### **Aktenvorlagebegehren des Innen- und Rechtsausschusses nach Art. 29 Absatz 2 der Landesverfassung – Einsichtsrechte**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

in der vorgenannten Angelegenheit baten Sie um Klärung der Frage, wie sich die Akteneinsichtsrechte im Zuge des aktuellen Aktenvorlagebegehrens des Innen- und Rechtsausschusses konkret gestalten.

Bei dem Begehren nach Art. 29 Abs. 2 der Landesverfassung handelt es sich um ein Recht der Abgeordneten des schleswig-holsteinischen Landtages. Daher sieht auch die Vereinbarung über das Verfahren bei Aktenvorlagebegehren zwischen Landtag und Landesregierung von 1992 in Ziff. 5 vor, dass die Mitglieder des Ausschusses und im Vertretungsfall die stellvertretenden Mitglieder zur Einsichtnahme berechtigt sind. Eine Einsichtnahme durch Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ist insofern durch die Vereinbarung ausgeschlossen. Die Landesregierung würde jedoch für das aktuelle Aktenvorlagebegehren auf diese Einschränkung des Berechtigtenkreises insoweit verzichten, als pro Fraktion ein Mitarbeiter, der gemäß § 16 Abs. 7 GO des Landtages von dem Präsidenten schriftlich ermächtigt und förmlich verpflichtet worden ist, zur Einsichtnahme berechtigt sein soll.

Vorsorglich weise ich darauf hin, dass davon auszugehen ist, dass bestimmte Aktenbestandteile gegebenenfalls auch als Verschlusssache „VS-Vertraulich“ eingestuft werden müssen, so dass die betreffenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Einsichtnahme in diese Dokumente geheimschutzüberprüft sein müssten.

Mit freundlichen Grüßen



Torsten Geerds

